

**Rede
von**

Julius Schneider, MdL

zu TOP Nr. 51

Erste Beratung

**Sozialindex und Bildungsbericht für Niedersachsen -
Einführung eines wissenschaftlich validen
Sozialindex für eine gerechte bildungspolitische
Planung und Verteilung von Ressourcen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 19/3038

während der Plenarsitzung vom 14.12.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte vorweg sagen: Dass wir so viel Lob aus der Opposition bekommen, freut mich ganz besonders. Denn am Ende ist es ja die vornehmste Pflicht, die wir als Landtag haben, jedem Kind die bestmöglichen Chancen zu ermöglichen, damit es etwas aus seinem Leben machen kann.

Dabei ist es uns ganz egal, ob es ein Meister oder Master wird, ob es um Schutzmänner oder Industriekauffrauen geht oder ob ein kleines Unternehmen dabei herauskommen soll. Das alles ist für uns gleichwertig.

Die Lebensentwürfe, die angestrebt werden, sind sehr unterschiedlich. Aber es geht doch allen darum, danach zu streben, dass aus dem Leben etwas werden kann. Und darauf hat auch jeder ein Recht, egal, ob man aus dem Villenviertel oder aus der Hochhaussiedlung kommt, egal, ob die Eltern Investmentbanker sind oder ob sie in systemrelevanten Berufen arbeiten, bei denen man wirklich sofort merkt, wenn sie einen Tag nicht zur Arbeit kommen, egal, ob sie schon immer hier leben oder ob sie gerade erst dazugekommen sind. Jeder soll aus seinem Leben das machen können, was er selbst als gelungen empfindet.

Aber die Startvoraussetzungen sind deutlich unterschiedlich, bei den einzelnen Kindern, aber auch bei den Schulen. Es gibt Schulen, in denen in jeder Klasse Einzelfallhelfer sitzen, in denen die Kinder es allein nicht schaffen und deswegen diese Unterstützung brauchen. Es gibt aber auch viele Schulen, in denen das echt die Ausnahme ist.

Es gibt Eltern, die sich quasi aufdrängen, beim Schulfest zu helfen, die Infrastruktur drum herum ist da, die Feuerwehr hilft gern bei den Festen. Es gibt aber auch solche Schulen, in denen an den Elternsprechtagen die Flure verwaist sind, weil es viele Eltern nicht für nötig halten, dorthin zu kommen, oder gar nicht verstehen, warum sie kommen sollten.

Es gibt Schulen, an denen fast alle Kinder, die in die erste Klasse kommen, ihren Namen schreiben können und die Zahlen bis zehn auch schon vorhanden sind, und wo das als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird. Es gibt aber eben auch solche, in denen ein Drittel der Kinder durch die Schuleingangsuntersuchungen fallen und viele schon das Problem haben, den Stift so zu halten, dass man das Schreiben lernen kann.

Und diese Schulen sind manchmal nicht einmal drei Kilometer voneinander entfernt. Viele von uns kennen es aus ihren Wahlkreisen, dass man das manchmal gerade in ländlichen und städtischen Gebieten auseinanderhält. Aber wo ist da eigentlich die Chancengerechtigkeit?

Gerechtigkeit bedeutet, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Das heißt Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben es gerade wieder in der Pisa-Studie gesehen. Die Herkunft entscheidet hier in Deutschland so sehr über den Lebensweg eines Kindes wie in kaum einem anderen Land. Jetzt können wir jedem Kind ein liebevolles Zuhause wünschen, in dem vorgelesen wird, in dem man in Museen und Theater geht und in dem die Kinder selbstverständlich beim Lernen gefördert und unterstützt werden. Aber dieses Glück haben leider bei Weitem nicht alle Kinder. Aber wir als Staat haben über die Schulen einen Einfluss darauf, einen Unterschied zu machen und diese Faktoren auszugleichen. Wir werden sie nicht verschwinden lassen können. Am Ende muss jeder selbst durch die Tür gehen, aber wir können dabei helfen, die Schwelle zu übertreten.

Jetzt haben wir aber ein Problem, das uns heute schon den ganzen Tag begleitet, und zwar, dass unsere Ressourcen nicht unerschöpflich sind. Uns fehlen Lehrerinnen und Lehrer, uns fehlen Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen und Sozialassistentinnen. Auch Geld haben wir nicht unerschöpflich zur Verfügung.

Was macht man in einer solchen Situation? - Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen uns konzentrieren. Dabei ist für mich und die sozialdemokratische Partei klar: Für eine möglichst große Chancengleichheit müssen wir die besten Schulen mit der besten Ausstattung in die schwierigsten Stadtteile bauen.

Um dafür ein nachvollziehbares Instrument zu schaffen, wollen wir einen Sozialindex einführen, damit die Priorität nicht nach Gutdünken, sondern nach nachvollziehbaren Kriterien gesetzt wird. Die Daten dafür sind dankenswerterweise schon vorhanden. Deswegen ist unser Anspruch an ein kommendes Gesetz ganz klar: Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie in den Schulen, sondern das bürokratiearme Auswerten von vorhandenen Daten. Wir haben doch ein vitales Interesse daran, dass wir unser Geld richtig einsetzen.

Und wir haben doch nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen ein Interesse daran, die Kinder zu fördern, die sonst hinten runterfallen würden, sondern wir haben auch ein handfestes ökonomisches Interesse. Denn erstens beklagen wir in eigentlich jedem Plenum - die einen mehr, die anderen weniger lösungsorientiert - den Fachkräftemangel. Und da möchte ich einmal sagen: Jedes Kind, das wir am Anfang seines Lebens nicht gefragt haben, wo es herkommt, sondern wo es hin will, ist doch ein Geschenk für unser Land.

Zweitens. Jedes Kind, das wir durch frühzeitige Förderung auf die Spur bringen können, sehen wir später nicht in der Jugendhilfe, das sehen wir später nicht im

Arbeitslosengeld, nicht im Bürgergeld. Da ist es doch viel besser, die Prioritäten richtig zu setzen und frühzeitig richtig in die Bildung zu investieren.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gute Programme wie „Schule [PLUS]“ weiterentwickeln und die Förderung unserer Kinder möglichst effektiv nach nachvollziehbaren Kriterien ausgestalten.

Ich wünsche Ihnen alle frohe Weihnachten.